

OTTO  
KIRCHHEIMER  
PREIS



DOKUMENTATION

---

## FESTVORTRAG

---

**Gespaltene Gesellschaft,  
polarisierte Politik**

*16. November 2023, Heilbronn*

*anlässlich der Preisverleihung des  
Otto Kirchheimer-Preises*

---

Professor Dr. Frank Decker

---



© Vanessa Wittenburg

**Prof. Dr. Frank Decker**

---

## Gespaltene Gesellschaft, polarisierte Politik?

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mergel,  
sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin,  
liebes Stifterehepaar Gudrun Hotz-Friese und Harald Friese,  
lieber Ulrich,  
lieber Wolfgang,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist mir eine große Ehre und Freude, dass ich diesen Preis bekomme. Und Harald Friese hat ja eben auf etwas hingewiesen, das diese Freude noch vergrößert hat. Vor einer Woche, am 9. November, ein Datum der deutschen Geschichte mit hoher Symbolkraft, hat der Senat meiner Universität, der Universität Bonn, das gegen Otto Kirchheimer begangene Unrecht auch förmlich wiedergutmacht. Und dass die Preisverleihung an meine Person dazu beigetragen hat, dass es jetzt endlich dazu gekommen ist, das macht mich zusätzlich stolz und bringt mich dazu, meinen Dank auszusprechen, vor allem an Sie beide, Frau Hotz-Friese und Herrn Friese, dass Sie diesen Preis ins Leben gerufen haben und damit eben an Otto Kirchheimer erinnern. Der Dank gebührt auch der Stadt Heilbronn, dass sie sich hinter diese Initiative gestellt hat.

Und ich bedanke mich natürlich auch bei meinem Freund und Kollegen Wolfgang Schroeder. Wolfgang, du hast mich mit deiner Würdigung an Dinge erinnert, die mir selber schon ein Stück weit entfallen waren. Und du hast meinen Arbeiten in der Tat eine Struktur gegeben, die ich vielleicht selber gar nicht so gesehen habe. Also ganz herzlichen Dank dafür. Und last but not least möchte ich mich auch bei Ulrich von Alemann bedanken, dem wissenschaftlichen Begleiter, wenn man das so sagen kann, dieser Preisverleihung.

Was hat ein Parteienforscher zur Krise der Demokratie oder zur vermeintlichen Krise der Demokratie zu sagen. Demokratien, die diesen Namen verdienen, sind freiheitliche und pluralistische Demokratien. Ihr Wesen ist „gestatteter, ausgetragener, geregelter Konflikt“, so hat es Ralf Dahrendorf einmal ausgedrückt. Konflikte kann es auch in nicht-demokratischen Gesellschaften geben. Dort sind sie aber zunächst nur ein empirisches Faktum, vor allem in Gestalt von Machtkonflikten, und kein normativ akzeptiertes Prinzip. Die Akzeptanz von Konflikten ergibt sich aus der Anerkennung der Legitimität von Meinungs- und Interessenunterschieden. Diese Unterschiede werden nicht nur als gegeben, sondern als wichtig und wünschenswert betrachtet, weil sie zur schöpferischen Selbstverbesserung der Gesellschaft beitragen. Es ist also nicht der Konflikt als solcher, der die Demokratie in ihrem Kern ausmacht, sondern der Glaube an den Wert der Vielfalt. Anknüpfend an diese Prämisse bemisst sich die Qualität von Demokratien daran, wie in ihnen Konflikte ausgetragen werden.

**Es ist also nicht der Konflikt als solcher, der die Demokratie in ihrem Kern ausmacht, sondern der Glaube an den Wert der Vielfalt.**

---

Erstens muss es friedlich-schiedlich zugehen. Das bedeutet, dass die Konflikteilnehmer sich in der Auseinandersetzung an bestimmte Regeln halten und das Ergebnis der Auseinandersetzung, wenn sie in einen Beschluss mündet, akzeptieren. Eine zentrale Rolle kommt der Mehrheitsregel zu; sie stellt für die Angehörigen der unterliegenden Minderheit eine Zumutung dar, die sie ertragen müssen. **Demokratien brauchen mithin einen Grundkonsens über demokratische Werte und Verfahren. Diese sind dem politischen Streit entzogen, stehen also nicht zur Disposition.**

Zweitens muss der Konfliktaustrag lösungsorientiert sein. Dies setzt sowohl eine Orientierung an der Sache selbst voraus, die nicht mit sachfremden Motiven vermischt werden sollte, als auch die Bereitschaft zur Mäßigung und Kompromissbildung, damit eine Entscheidung überhaupt zustande kommt und die Teilnehmer sich nicht wechselseitig blockieren.

Drittens schließlich sollten die Konflikte so ausgetragen werden, dass sie ein Maximum an allgemeiner Wohlfahrt herbeiführen. Eine wesentliche Rolle spielt dabei die Qualität des Diskussions- und Beratungsprozesses, welcher der Entscheidung vorausgeht. Theoretiker der deliberativen Demokratie wie Jürgen Habermas betrachten diese als diskursiven und öffentlich gemachten Austausch von Argumenten gleichberechtigter Teilnehmer, bei dem das bessere Argument im Idealfalle die Oberhand behält.

Nun konzentriere ich mich auf die beiden zuerst genannten Prinzipien, den friedlichen Austrag der Konflikte und die Kompromissbereitschaft. Denn diese gewinnen für die Demokratie gleichsam existenzielle Bedeutung, während eine Einbuße an Leistungs- und Regierungsfähigkeit, die eine Folge minderer Entscheidungsqualität darstellt, von demokratisch regierten Gesellschaften in gewissen Grenzen durchaus verkraftet werden kann. Und es sind gerade sie, die heute zunehmend ins Wanken geraten und vielerorts als längst nicht mehr selbstverständlich betrachtet werden.

**Friedlicher Konfliktaustrag  
und Kompromissbereitschaft  
sind für Demokratien  
überlebenswichtig.**

Nicht nur hat die Zahl der als konsolidiert geltenden Demokratien weltweit seit Mitte der 2000er-Jahre abgenommen. Auch in manchen altherwürdigen Demokratien wird deren Stabilität durch illiberale und autoritäre Tendenzen im Inneren bedroht, man denke etwa an die USA. Einige Politikwissenschaftler warnen in diesem Zusammenhang bereits beschwörend vor einem „Niedergang“ oder „Zerfall“ der Demokratie, andere sprechen neutraler von einem „Rückschritt“.

Wie lässt sich diese besorgniserregende Entwicklung, die ihren Hauptausdruck im Aufstieg eines aggressiv auftretenden, demokratiefeindlichen Populismus findet, erklären? Und warum findet dieser Populismus in unseren Gesellschaften wachsende Unterstützung?

Um Antworten darauf zu finden, müssen wir sowohl auf die Nachfrageseite der Bürger als auch auf die Angebotsseite der politischen Wettbewerber blicken.

---

**Auf der Nachfrageseite lassen sich die Ursachen der Unzufriedenheit, die einen zunehmenden Teil der Bürger von den Entscheidungsträgern in Staat und Parteien entfremdet und in die Arme der Populisten treibt, vielleicht am besten mit dem Begriff der „Verunsicherung“ auf einen Nenner bringen.** Langfristige Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft und die immer kürzere Abfolge sich verdichtender Krisenereignisse in den letzten beiden Jahrzehnten kommen dabei zusammen. Zu den langfristigen Veränderungen gehören die seit den Neunzigerjahren beschleunigte Globalisierung, die damit verbundene Unterwerfung der Politik unter die Imperative des Marktes, die verstärkten Tendenzen der „Individualisierung“ und „Singularisierung“ in einer diverser werdenden Gesellschaft und die Notwendigkeit einer umfassenden ökologischen Transformation der Wirtschaft, die der Klimawandel bedingt.

Die verdichteten Krisenereignisse setzten mit der am 11. September 2001 in den USA begonnenen Serie islamistischer Terroranschläge ein. Ihr folgte ab 2007 die weltweite Finanzkrise. Sie mündete in Europa in eine Krise der Währungsunion, die vor allem die südeuropäischen Länder hart traf und bei der Griechenland 2015 nur knapp seinem Ausschluss entging. Im selben Jahr spitzte sich die Flüchtlingssituation durch die Kriege im Nahen Osten und den Zustrom aus Teilen Afrikas dramatisch zu, was in der Bundesrepublik zu heftigen innenpolitischen Verwerfungen führte und dem Rechtspopulismus in Gestalt der 2013 im Gefolge der Eurokrise entstandenen AfD zum Durchbruch verhalf.

Auch andernorts verstärkten sich die Fliehkräfte. 2016 stimmte eine knappe Mehrheit der Briten für den Austritt ihres Landes aus der EU. Und in den USA beendete die Wahl des Anti-Politikers und erklärten EU-Gegners Donald Trump zum US-Präsidenten im selben Jahr die Ära des Multilateralismus und der verlässlichen transatlantischen Partnerschaft.

Als ob das noch nicht genug wäre, traf die demokratische Staatengemeinschaft ein anderes, unerwartetes Krisenereignis 2020 ohne Vorwarnung: die Coronapandemie. Mit ihr gerieten die Demokratien – auch die deutsche – eineinhalb Jahre lang in einen Ausnahmezustand, mussten doch im Kampf gegen das Virus zum ersten Mal Freiheitsrechte drastisch eingeschränkt werden. Und kaum war die Coronadebatte abgeflacht, sahen sich die Regierungen in Europa und den USA durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine seit 2022 einer weiteren, bis dahin nicht gekannten Herausforderung gegenüber, die mit der steigenden Inflation und drohenden Energieverknappung zugleich massive ökonomische Folgen nach sich zog.

**Zukunftsangst und wachsender Vertrauensverlust und sind die sichtbarsten Folgen dieser Verunsicherung.**

Dass all diese Entwicklungen und Ereignisse zur Verunsicherung erheblicher Teile der Bevölkerung geführt haben, kann nicht überraschen. Ablesbar ist sie an wachsender Zukunftsangst und dem Vertrauensverlust in die demokratischen Institutionen.

Laut einer Studie, die wir im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt haben, erwarteten im Juli/August 2022 nicht einmal ein Fünftel der Befragten von der Zukunft etwas Besseres. Man muss nicht bis in die Siebziger-

---

jahre zurückblicken, als dieser Wert noch bei 90 Prozent lag, um die Tragweite des Befundes zu begreifen. **Am meisten Sorgen machen den Menschen der Klimawandel, die wachsende Kriegsgefahr, die zunehmende Feindlichkeit in der Gesellschaft und hier speziell der Rechtsextremismus sowie die drohenden Wohlstandsverluste.**

Die Ostdeutschen sorgen sich vor Kriegsgefahr und Wohlstandsverlusten stärker als die Westdeutschen. Noch größer ist der Abstand bei der Zuwanderung, die im Westen 2022 mehrheitlich nicht als sorgenbereitendes Problem betrachtet worden ist, im Osten aber von mehr als zwei Dritteln.

Die Unsicherheit, die aus diesen Zahlen spricht, hat eine ökonomische und kulturelle Dimension. Damit knüpft sie an die beiden Grundkonflikte an, die unsere Gesellschaften politisch prägen und die Struktur ihrer Parteiensysteme bestimmen. In der ökonomischen Sphäre geht es um Verteilungsfragen. Hier stehen sich die Grundpositionen der Marktfreiheit und staatlichen Intervention gegenüber. Die einen sehen die Ergebnisse des Marktes im Prinzip als gerecht an, die anderen möchten sie im Sinne einer größeren sozialen Gleichheit politisch korrigieren. In der kulturellen Sphäre haben wir es mit Wertekonflikten zu tun. Wurden diese früher (und in manchen Gesellschaften auch gegenwärtig noch) durch die Religion oder Konfession geprägt, liegen ihr heute allgemeinere Einstellungsmuster zugrunde. Auf der einen Seite stehen liberale Haltungen wie Nonkonformismus, Kosmopolitismus und Multikulturalität, auf der anderen Seite konservative oder autoritäre Positionen wie Ordnungsdenken, Festhalten an konventionellen Lebensformen, Nationalismus und Vorbehalte gegenüber Minderheiten.

**Die Unsicherheit hat eine ökonomische und eine kulturelle Dimension.**

Die Theorien des postmaterialistischen Wertewandels und der Mainstream der Populismusforschung gehen davon aus, dass der Werte- gegenüber dem Verteilungskonflikt generell an Bedeutung gewonnen hat. Der Rechtspopulismus wird dabei häufig als Reaktion auf die linksliberale sogenannte Identitätspolitik interpretiert. Hier könnte zugleich eine Erklärung für die zunehmende Polarisierung der Parteiensysteme und das Auftreten demokratiegefährdender Tendenzen liegen: Identitätspolitische Fragen sind als „Wahrheitsfragen“ hochgradig moralisch aufgeladen und von daher weniger für die Kompromissbildung geeignet als Verteilungsfragen.

In den USA lässt sich dieser Rigorismus etwa bei den militanten Abtreibungsgegnern beobachten, in Europa bei den „Skeptikern“ der Zuwanderung und – neuerdings – bei den Verfechtern eines strengen Klimaschutzes.

Wer in der Abtreibung einen Verstoß gegen das göttliche Recht sieht oder wer glaubt, dass ein Land sich durch die Zuwanderung aus fremden Kulturkreisen selbst „abschafft“, wird denen, die Abtreibungen zulassen und die Zuwanderung ermöglichen, wenig Toleranz entgegenbringen. Der politische Gegner gerät so leicht zum Feind, dem man die moralische Integrität und damit zugleich die demokratische Legitimität grundsätzlich abspricht. Ein solcher Feind gehört nicht nur bekämpft, sondern muss ausgeschaltet werden. Dafür sind dann auch undemokratische oder ungesetzliche Mittel recht.

---

Die These einer Dominanz der Wertepolitik bedarf allerdings in zweierlei Hinsicht der Relativierung. Zum einen besagt sie nicht, dass die Verteilungskonflikte im Gegenzug an Relevanz eingebüßt hätten. Bis in die Siebzigerjahre hinein, als die Reallöhne kontinuierlich stiegen und der Sozialstaat ausgebaut wurde, konnten alle Gruppen vom Wachstum profitieren. Die seither einsetzenden Transformationsprozesse – von der Industrie- zur Dienstleistungs- und von der Dienstleistungs- zur heutigen Wissens- und Informationsgesellschaft – waren und sind dagegen durch eine wachsende Zahl von Verlierern gekennzeichnet. **Viele Menschen erfahren durch Niedriglöhne und Leistungskürzungen Einbußen und fühlen sich von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung abgekoppelt.** Mit der ökologischen Transformation stehen jetzt weitere, vielleicht noch größere Verwerfungen ins Haus, auf die die Parteien konzeptionell bislang kaum vorbereitet sind.

Zum anderen lässt sich eine genaue Trennlinie zwischen ökonomischen und wertebezogenen Konflikten häufig gar nicht ziehen, da beide eng miteinander verwoben sind.

Das zeigt sich etwa beim Thema Migration. Wertebezogene Konflikte über die kulturelle Zugehörigkeit der Zuwanderer verquicken sich hier mit verteilungsbezogenen Auseinandersetzungen um Löhne und staatliche Leistungen, die vor allem das untere Drittel oder Viertel der Bevölkerung, aber auch die um ihren Abstieg fürchtenden Mittelschichten betreffen. Andere, denen es wirtschaftlich vielleicht noch besser geht, finden wiederum die Tendenzen der Singularisierung und multikulturellen Vielfalt verstörend, die Soziologen wie Andreas Reckwitz als Kennzeichen der heutigen Moderne beschreiben. Sie gewinnen ihnen jedenfalls nicht nur Positives ab, fühlen sich durch sie in ihrer eigenen Arbeit und Lebensführung entwertet. Beides zusammengenommen lässt den Zusammenhalt in der Gesellschaft, der die Grundlage sozialen und politischen Vertrauens darstellt, erodieren.

Wie die ökonomischen und kulturellen Ursachen der Demokratiekrise genau zusammenwirken, bleibt unter den Interpreten des Rechtspopulismus umstritten. Die von manchen vertretene These, die kulturellen Konflikte dienen den populistischen Akteuren lediglich dazu, von den politisch wichtigeren wirtschaftlichen und sozialen Problemen abzulenken, greift zu kurz. Sie übersieht zum Beispiel, dass der kulturelle Konflikt sich aus unterschiedlichen Streitfragen und Unterkonflikten zusammensetzt, die verteilungspolitisch nicht alle die gleiche Relevanz besitzen wie die Zuwanderung. Die rechtliche Gleichstellung von Homosexuellen nimmt niemanden etwas weg. Gleichzeitig behalten die wertebezogenen Konflikte jenseits der verteilungspolitischen Aspekte eine eigenständige Bedeutung – und zwar umso mehr, je größer die kulturellen Unterschiede zwischen den Zuwanderern und der sie aufnehmenden Mehrheitsgesellschaft sind.

**Ökonomische und kulturelle Konflikte sind eng miteinander verwoben.**

Neben der Nachfrageseite muss sich die Aufmerksamkeit auf die Angebotsseite des politischen Systems und deren Veränderungen richten. Ein Erfolgsfaktor des Rechtspopulismus, der lange Zeit ausgeblendet wurde, weil er in der Etablierungsphase der meisten dieser Parteien in den Achtziger- und Neunzigerjahren noch keine Bedeutung hatte, betrifft das Aufkommen der sozialen Medien und den durch sie verursachten Wandel der Öffentlichkeit.

---

Auch ohne klare Befunde der hierzu erst langsam einsetzenden Forschung entzündet die Frage leidenschaftliche Kontroversen. Wohlwollende Stimmen loben den Beitrag der sozialen Netzwerke zur Erweiterung der Meinungsfreiheit, Vergrößerung der publizistischen Vielfalt und Ermöglichung politischer Partizipation. Kritiker verweisen auf die Gefahren einer zunehmenden Fragmentierung und Polarisierung der Öffentlichkeit, die das Schwinden des gesellschaftlichen Zusammenhalts befördere und die auf gegenseitigem Respekt und Kompromisswillen gründenden Funktionsbedingungen der Demokratie untergrabe.

Das Neuartige der neuen Medien liegt in ihrem Plattformcharakter. Sie heben den im traditionellen System bestehenden Gegensatz von Erzeugern und Rezipienten der Medieninhalte auf, indem sie jedem oder jeder Einzelnen gestatten, sich im öffentlichen Meinungskampf zu Wort zu melden und damit quasi journalistisch tätig zu werden.

**Was früher vielleicht genauso gedacht und an den Stammtischen ausgesprochen wurde, dort aber im geschützten Raum blieb, kann heute ungeschützt und ungefiltert in die Öffentlichkeit „hinausposaunt“ werden.**

In die so produzierten Erregungswellen müssen auch die traditionellen Medien einstimmen, wenn sie Aufmerksamkeit generieren und behalten wollen – und zwar mit immer größerer Schlagzahl.

Auf der politischen Akteursseite lässt sich die Vermutung eines bevorzugten Einsatzes der sozialen Medien durch die Außenseiter eindrucksvoll bestätigen. So wie die Rechtspopulisten in anderen Ländern, hat die AfD in der Bundesrepublik bei Facebook, TikTok und Co. deutlich die Nase vorn.

Der Kommunikationswissenschaftler Johannes Hillje charakterisiert die AfD als „digitale Massenkommunikationspartei“ neuen Stils, der es unter den Bedingungen der Digitalisierung gelungen sei, „als Partei selbst zum Massenmedium“ zu werden. Einen großen Teil ihrer Organisations- und Kampagnenstärke verdankt die AfD der Möglichkeit, ihre Wähler unter Umgehung der herkömmlichen Medien über die sozialen Netzwerke direkt anzusprechen. Um dort Aufmerksamkeit zu erzeugen, setzt sie auf bewusste politische Provokationen. Gleichzeitig ermöglicht ihr das Nicht-Angewiesensein auf die traditionellen Medien, diese als Teil des politischen Establishments zu brandmarken, das mit den Regierenden unter einer Decke stecke. Dies gelte vor allem für den angeblich von den Parteien beherrschten öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Die neuen Formen der „unbeaufsichtigten“ Rede werfen aus demokratischer und rechtsstaatlicher Sicht vielfältige Probleme auf – etwa mit Blick auf die Verbreitung von Hasspropaganda oder gezielten Falschnachrichten. Sie durch regulatorische Maßnahmen in den Griff zu bekommen, ist nicht nur faktisch schwierig, sondern auch rechtlich, weil es eine klare Grenze zwischen verwerflichen und noch zulässigen Meinungsäußerungen nicht gibt.

**Die neuen Formen der unbeaufsichtigten Rede stellen die Demokratie vor ungeahnte Herausforderungen.**

Dies lenkt den Blick auf die Frage, wie die demokratischen Institutionen und Akteure mit dem Populismus umgehen und wie sie die Demokratie vor Extremismus schützen sollen. Die hierzu gemachten Vorschläge wirken in ihrer

---

Allgemeinheit manchmal wohlfeil und etwas hilflos, aber wer hätte in diesen Fragen schon den Stein der Weisen? So wie es ein komplexes und längerwieriges Unterfangen darstellt, die „nachfrageseitigen“ Ursachen der Vertrauenskrise anzugehen, so schwierig bleibt es, die politischen Nutznießer der Krise angemessen und wirksam zu bekämpfen.

Über das Ausmaß der Polarisierung und ihre Tragweite unter Demokratiegesichtspunkten bestehen unter den politischen und wissenschaftlichen Beobachtern unterschiedliche Meinungen. Während die einen von einer „Spaltung“ der Gesellschaft sprechen und einen regelrechten „Kulturkampf“ heraufziehen sehen, zeichnen andere das Bild einer fragmentierteren, aber nicht notwendigerweise polarisierteren Gesellschaft.

Was stimmt? Lässt man die Geschichte der Bundesrepublik Revue passieren, wird man die These kaum aufrecht erhalten können, früher sei alles gemäßigter oder gesitteter zugegangen. Im Gegenteil: **Gerade die drei Nachkriegsjahrzehnte, die uns heute als „Goldene Ära“ des Wohlfahrtsstaates und der politischen Stabilität erscheinen, waren zugleich Hochzeiten der politischen Konfrontation.** Wenn man sich erinnert, mit welcher Schärfe und ausgrenzenden Rhetorik die deutschen Christ- und Sozialdemokraten einander in den Siebzigerjahren bekämpft haben, kommt einem der Unterschied zur Agitation der heutigen Rechtspopulisten nicht sonderlich groß vor. Namensverballhornungen, der drohende Zeigefinger oder Verbalinjurien, wie sie damals gepflegt wurden, sind heute zumindest unter den demokratischen Parteien Tabu – jedenfalls im Parlament.

**Das Protestgeschehen in Deutschland war schon früher militant – man denke an die 68er-Bewegung oder die Hausbesetzerszene.**

Ähnlich verhält es sich mit der außerparlamentarischen Sphäre. Auch das Protestgeschehen hat in der Bundesrepublik nicht erst mit den Querdenkern oder den Klimaklebern der Letzten Generation militant-aggressive Züge angenommen, denkt man etwa an die 68er-Bewegung, die Hausbesetzerszene oder den Widerstand gegen Kernenergie und atomare Rüstung in den Siebziger- und Achtzigerjahren zurück. Teile der revoltierenden Linksradiakalen sind damals sogar in den Terrorismus abgeglitten, der mit den Mordtaten der RAF in den Siebzigerjahren seinen blutigen Höhepunkt fand.

Ab den Achtzigerjahren verlagerten sich Gewalttätigkeit und Terrorismus zunehmend nach rechts. Beginnend mit dem bis heute nicht aufgeklärten Anschlag auf das Münchener Oktoberfest 1980 über die Mordserie des NSU bis zur Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke zieht sich auch hier eine lange Blutspur durchs Land.

Korrigiert werden muss das Bild einer zunehmenden Polarisierung ferner, wenn man die Meinungsverteilung zu relevanten gesellschaftlichen Themen betrachtet. Hier zeigt sich zum einen, dass die Menschen in den meisten Fragen mehrheitlich weiterhin gemäßigte, mittige Positionen einnehmen. Zum anderen bilden die vielfältigen Streitthemen, auch wenn sie sich – wie eben gesagt – zu zwei Grundkonflikten zusammenfassen lassen, kein einheitliches Syndrom, bei dem man von der Haltung zu einer Frage automatisch auf die Haltung in einer anderen Frage schließen könnte.

---

Wer für die Begrenzung der Zuwanderung und stärkere eigene Integrationspflichten der Migranten eintritt, muss nicht gleichzeitig die Besserstellung von sexuellen Minderheiten ablehnen. Und wer sich in der Flüchtlingshilfe engagiert, tut das vielleicht auch wegen des damit verbundenen Gemeinschaftserlebnisses und nicht nur aufgrund seiner vermeintlich progressiven Ansichten.

Die Entgegensetzung von „Kosmopoliten“ und „Kommunitaristen“, die manche Autoren heute als Hauptkonflikt unserer Gesellschaften ausmachen wollen, geht an dieser Gemengelage vorbei.

Genauso wichtig ist es, die unterschiedliche Bedeutsamkeit der Themen im Auge zu behalten. Diese ist bei den „identitätspolitischen“ Fragen, die sich um LGBT-Rechte, gendergerechte Sprache und das Erbe des Kolonialismus ranken, geringer, als es die heftig ausgetragenen Debatten in Feuilletons und sozialen Medien vermuten lassen.

Hier liegt ein Unterschied zwischen den europäischen Ländern und den USA, wo die Hinwendung der Linken zur Identitätspolitik als einer der Hauptgründe für Donald Trumps Wahlsieg im Jahre 2016 gilt. Anders als dort ist es in Europa zugleich gelungen, moralisch aufgeladene Konflikte wie die Abtreibungsfrage gesellschaftlich auszuhandeln und zu befrieden. Warum sollte das nicht auch bei der Migration möglich sein, die als Thema heute am meisten die Gemüter bewegt? Die These, wonach wertebefugene Konflikte der Kompromissbildung nur schwer zugänglich sind oder sich ihr ganz entziehen, lässt sich auch in anderen Fällen widerlegen.

Ähnliche Fallstricke birgt der Begriff der Spaltung. Alltags-sprachlich suggeriert er eine Teilung der Gesellschaft in etwa zwei gleich große, sich womöglich unversöhnlich gegenüberstehende Lager, die etwas Endgültiges hat und für die Stabilität der Demokratie deshalb nichts Gutes verheißt. Tatsächlich dürften die Spaltungs- oder Trennungslinien in den meisten Demokratien aber häufiger zwischen 70 und 30, 80 und 20 oder 90 und 10 Prozent der Bevölkerung verlaufen als zwischen der einen und anderen Hälfte.

**In den meisten Demokratien verlaufen die Trennungslinien nicht zwischen zwei Hälften, sondern zwischen 70 und 30 Prozent.**

**Statt von einer Spaltung sollte man besser von einer Radikalisierung der Ränder sprechen.** Das Ausmaß der Polarisierung würde sich dann an der Größe dieser Ränder bemessen. Dass wir hier in den meisten westlichen Demokratien vor allem am rechten Rand inzwischen ein echtes Problem haben, steht außer Frage. Dies belegt nicht nur der wachsende Stimmenanteil der rechtspopulistischen Herausforderer, sondern auch das Vordringen rechts-extremer Einstellungen bis in die Mitte der Gesellschaft – ablesbar etwa an der Zustimmung zu Verschwörungstheorien.

Ab welcher Größenordnung der Unterstützung die systemfeindlichen Kräfte für die Demokratie tatsächlich bedrohlich werden können, mag von Land zu Land unterschiedlich sein. Für Deutschland könnte man sie bei etwa 30 Prozent ansetzen, was im Osten des Landes mancherorts schon erreicht ist. Die Debatte um die inzwischen längst bröckelnde Brandmauer zur AfD zeigt, dass es ab dieser Schwelle kaum noch möglich sein dürfte, die Populisten politisch zu umgehen oder sie mit repressiven Mitteln einzuhegen.

---

Die Politikwissenschaft betrachtet das Thema leider ebenso wie die Politik meistens als ein rein strategisches und bricht es auf die Frage herunter, ob aus elektoraler Sicht eher die Anpassung an den Populismus oder eine Abgrenzung ratsamer sei.

Das Problem dieser Entgegensetzung liegt darin, dass sie zwischen der diskursiven und substanziellen Ebene häufig nicht genug unterscheidet. Während es in der Forschung inzwischen viele Belege gibt, dass eine Übernahme des populistischen Diskurses kontraproduktiv wirkt, weil sie diesen legitimatorisch aufwertet, kann ein Einschwenken auf die Forderungen der Populisten durchaus lohnen, wenn es mit effektiven Problemlösungen verbunden ist. Vertreter der letztgenannten Position verweisen in diesem Zusammenhang gerne auf das Beispiel der dänischen Sozialdemokratie, die es durch ihren Kurswechsel in der Migrationspolitik geschafft habe, der rechtspopulistischen Konkurrenz das Wasser abzugraben.

**Verringern lässt sich das populistische Wählerpotenzial nur, wenn es der Politik gelingt, den Bürgern eine überzeugende Erzählung von der künftigen Entwicklung der Gesellschaft zu vermitteln, die vorhandene Ängste abbaut und den beschriebenen Fragmentierungstendenzen entgegentritt.**

**Die Formel vom gesellschaftlichen Zusammenhalt mag abgenutzt klingen – sie trifft aber genau den Punkt.**

So abgenutzt die Formel von der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts klingen mag, beschreibt sie doch treffend, worauf es ankommt, nämlich einerseits die Herstellung von mehr Verteilungsgerechtigkeit, die dem abgestiegenen oder sich vor Abstieg fürchtenden Teilen der Gesellschaft auch in materieller Hinsicht Respekt zollt, und andererseits „die Sicherung allgemeiner kultureller Güter und Normen“, um wieder mehr Gemeinschaftlichkeit zu ermöglichen und im besten Falle ein Wir-Gefühl in der Gesellschaft zu erzeugen. Beides erfordert einen im Verhältnis zur Gesellschaft aktiveren, regulatorisch eingreifenden Staat, was zwischen den Parteien natürlich Konflikte auslösen wird.

Will man diese lösen, müssen sie bereit sein, bei bestimmten Themen über den eigenen Schatten zu springen und „die ideologischen Komponenten beiseitezuschieben“, wie es Otto Kirchheimer in seiner damals freilich kritischen Betrachtung der „catch all-party“ ausgedrückt hat. Gerade Union und SPD wären aufgrund ihres selbst reklamierten Volksparteiencharakters am ehesten gefragt, die von Reckwitz postulierte „Rekonstitution des Allgemeinen“ zu betreiben.

Kommt es 2025 zu einer Neuauflage der Großen Koalition, worauf inzwischen manches hindeutet, hätten sie die Chance dazu.

**Prof. Dr. Frank Decker ■**



---

Förderverein  
OTTO KIRCHHEIMER-PREIS e.V.

Geschäftsstelle: Harald Friese  
Wilhelm-Blos-Straße 53  
74076 Heilbronn  
Tel. 07131-17 79 15  
Fax 07131-16 05 95  
hotz-friese@t-online.de

| [www.otto-kirchheimer-preis.de](http://www.otto-kirchheimer-preis.de) |